

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ausschussbetreuender Fachbereich Finanzen	Datum 02.01.2006
	Schriftführer Rolf Büchel
	Telefon-Nr. 02202/142607
Niederschrift	
Finanz- und Liegenschaftsausschuss	Sitzung am Donnerstag, 8. Dezember 2005
Sitzungsort Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 18:40 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 18.25 – 18.30 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 15.11.2005 (öffentlicher Teil)**
- 3. Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 15.11.2005 gefassten Beschlüsse (Öffentlicher Teil)**
667/2005
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 5. Mitteilung des Bürgermeisters**
- 6. Sanierung Schulsportkomplex Mohnweg**
558/2005

7. **Vereinbarung mit dem Deutschen Kinderschutzbund über die Förderung einer Präventions- und Anlaufstelle bei Gewalt gegen Jungen und Mädchen insbesondere bei sexuellem Missbrauch**
525/2005
8. **Neufassung der Richtlinien für den Löwenpass**
639/2005
9. **Änderung der Zuwendungen zu den Aufwendungen der Geschäftsführung der Fraktionen**
hier: Antrag der Fraktion KIDitiative vom 14.09.2005
643/2005
10. **VI. Nachtragssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach**
663/2005
11. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B Nichtöffentlicher Teil

- 1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 15.11.2005 (nichtöffentlicher Teil)**
- 2. Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 15.11.2005 gefassten Beschlüsse (Nichtöffentlicher Teil)**
668/2005
- 3. Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 4. Mitteilung des Bürgermeisters**
- 5.-9. Grundstücksangelegenheiten**
632/2005, 645/2005, 647/2005, 649/2005 und 661/2005
- 10. Antrag der Fraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg vom 30.04.2005 zur Auflösung der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach**
506/2005
- 11. Ankauf der ehemals von den belgischen Streitkräften als Grundschule und Kindergarten genutzten Liegenschaft Taubenstr. 11-13 von der Bundesrepublik Deutschland, Bundesfinanzverwaltung, vertreten durch das Bundesvermögen samt Köln**
664/2005
- 12. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@-> Der Ausschussvorsitzende, Herr Freese, eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 15.11.2005 (öffentlicher Teil)

@-> Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 15.11.2005 gefassten Beschlüsse (Öffentlicher Teil)

@-> Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

@-> Keine.

<-@

5 Mitteilung des Bürgermeisters

@-> Herr Kotulla erklärt, dass der Ansatz der Gewerbesteuer voraussichtlich um ca. 804.000 € überschritten wird.

Bezüglich des Haushalts 2005/2006 informiert er den Ausschuss, dass der Korridor für 2005 von der Aufsichtsbehörde freigegeben worden ist. Die Liste mit den Investitionen ist über die Aufsichtsbehörde an den Innenminister weitergeleitet worden. Er rechnet in kurzer Zeit mit einem positiven Ergebnis.

Weiterhin teilt er mit, dass der Vertrag im Zusammenhang mit der „Südkurve“ auf dem Konrad-Adenauer-Platz abgeschlossen ist. Der Passus bezüglich einer Gebührensbeefreiung wurde aus dem Vertrag herausgenommen.

Im Einvernehmen mit den Ausschussmitgliedern wird der Tagesordnungspunkt A 8 vorgezogen, weil Herr Dr. Speer noch einen weiteren dienstlichen Termin wahrnehmen muss.

<-@

8 Sanierung Schulsportkomplex Mohnweg

@-> Auf die Frage von Herrn Nagelschmidt antwortet Herr Kotulla, dass die Übernahme der Bürgschaft nach Beschlussfassung durch die politischen Gremien mit der Kommunalaufsicht abgestimmt wird.

Auf eine weitere Frage von Herrn Nagelschmidt antwortet Herr Dr. Speer, dass das Haus- und Belegungsrecht in einem noch abzuschließenden Benutzungsüberlassungsvertrag geregelt wird.

Für Herrn Hoffstadt ist es unvorstellbar, dass ein Förderverein sich dieser Aufgabe annimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

<-@

@-> Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem vorliegenden Konzept die Sanierung des Schulsportkomplexes Mohnweg umzusetzen.

<-@

6 Vereinbarung mit dem Deutschen Kinderschutzbund über die Förderung einer Präventions- und Anlaufstelle bei Gewalt gegen Jungen und Mädchen insbesondere bei sexuellem Missbrauch

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

@-> Der Bürgermeister wird ermächtigt, die in der Anlage beigefügte Vereinbarung abzuschließen.

In die Vereinbarung ist zuvor aufzunehmen, dass die Förderung in 2007 nur vorbehaltlich verfügbarer Haushaltsmittel zugesagt werden kann.

<-@

7 Neufassung der Richtlinien für den Löwenpass

@-> Herr Hastrich berichtet über die Beratung im Sozialausschuss und teilt das entsprechende Beschlussergebnis mit.

Frau Schmidt-Bolzmann ist mit der derzeitigen Beschlusslage nicht einverstanden. Sie ist der Auffassung, dass das Angebot des Löwenpasses, z. B. um das Mediterana und die Eissporthalle, eher ausgeweitet werden müsse.

Für Herrn Baeumle-Courth ist es sehr bedauerlich, dass der ÖPNV nicht mehr im Angebot des Löwenpasses enthalten ist. Für die Zukunft wünscht er sich, genaue Zahlen der tatsächlichen Inanspruchnahme des Löwenpasses genannt zu bekommen.

Hierzu bemerkt Herr Hastrich, dass der Löwenpass täglich ausgegeben wird und somit eine aktuelle Aussage nicht getroffen werden kann. Auf der Grundlage der im November ausgegebenen Pässe wird in 2005 von ca. 1.000 Löwenpassinhabern ausgegangen. Die finanziellen Ausgaben lassen sich erst nach der Abrechnung zum Ende des Jahres genau beziffern.

Nach Beantwortung einiger Fragen von Herrn Schütz durch Herrn Hastrich fasst der Ausschuss folgenden Beschluss:

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich** (9 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD; 5 Nein-Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, der KIDitiative und BFBB)

Beschlussvorschlag:

- <-@**
- @->**
1. Die Neufassung der Richtlinien für den Löwenpass zum 01.01.2006 wird beschlossen.
 2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Abrechnungssystem mit den Zuschuss gewährenden Stellen zu optimieren und über das Ergebnis dem Sozialausschuss zu berichten.
 3. Die Geltungsdauer der Richtlinien wird auf ein Jahr (31.12.2006) begrenzt. Die Verwaltung wird beauftragt, in dieser Zeit einen Vorschlag vorzulegen, mit dem Löwenpass verstärkt benachteiligte Kinder und kinderreiche Familien zu fördern.
 4. Die durch die Richtlinien gewährten Vergünstigungen sollen nicht generell 50 % sein, sondern **bis zu 50 %**.

9

<-@

Änderung der Zuwendungen zu den Aufwendungen der Geschäftsführung der Fraktionen
hier: Antrag der Fraktion KIDitiative vom 14.09.2005

@-> Auf Wunsch des Ausschusses erfolgt zu den einzelnen Punkten eine getrennte Abstimmung.

1. **Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich** (12 Ja-Stimmen der Fraktionen

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, nach Vorlage der Verwendungsnachweise der Fraktionen für das Jahr 2005 Anfang des Jahres 2006 eine neue Bedarfsanalyse zu erarbeiten und auf deren Grundlagen mit den Fraktionen Gespräche über eine eventuelle Neuregelung der Zuwendungen für die Ausgaben der Geschäftsführungen der Fraktionen zu führen.

<-@
<-@

10 VI. Nachtragssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach

@-> Herr Nagelschmidt fragt an, wie viele Kampfhunde in Bergisch Gladbach angemeldet sind.

(Anmerkung der Verwaltung: Am 16.12.2005 waren 37 Kampfhunde angemeldet.)

Herr Muth kündigt an, dass demnächst wieder eine Hundebestandsaufnahme erfolgen soll. Mit einer solchen hatte die Stadt bereits im Jahre 1998 großen Erfolg. Zuerst ist angedacht, dass dies in der Presse angekündigt werden soll. Vom Ergebnis dieser Ankündigung wird die eigentliche Bestandsaufnahme abhängig gemacht.

Herr Dr. Baeumle-Courth findet es bedauerlich, dass wegen lediglich 450 € Mehreinnahmen im Jahr die Steuerbefreiung für einen Hund, der aus einem Tierheim übernommen wird, aufgehoben wird.

Auf die Frage von Herrn Schütz erläutert Herr Muth die Gründe, wieso nicht auch für andere Tiere eine Steuer erhoben werden kann.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich (13 Ja-Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der KIDitiative; 1 Nein-Stimme der Fraktion der BfBB)

Beschlussvorschlag:

<-@
@-> Die VI. Nachtragssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

<-@
11 Anfragen der Ausschussmitglieder

@-> **Herr Kleine:**

1. Die Fraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e.V. hat rechtliche Schritte wegen angeblicher unterlassener Informationspflicht seitens der Verwaltung und des Bürgermeisters eingeleitet.
Gab es in der Vergangenheit Präzedenzfälle, wodurch das Verhalten einer Person bzw. Fraktion in der Folgewirkung ein wirtschaftlicher Schaden für eine Kom-

mune entstanden ist und wer diesen Schaden tragen muss? Kann die Fraktion oder die einzelnen Ratsmitglieder dieser Fraktion persönlich in Regress genommen werden?

Gibt es auch Präzedenzfälle dazu, ob Fraktionen offen legen müssen, wenn sie eine Rechtsberatung in Anspruch nehmen? Hier geht es um einen erheblichen Streitwert und damit auch um sehr hohe Kosten, die die Fraktionsmittel erheblich überschreiten werden.

Gibt es Möglichkeiten, zu prüfen, wie hoch diese Anwaltskosten sind, wer sie trägt und ob es hierfür Sponsoren oder andere Personen im Hintergrund gibt? Das ganze ist sehr klärungsbedürftig.

2. Viele Bürger engagieren sich mehr und mehr. So ist am letzten Montag vom stellv. Bürgermeister Hagen dem Förderverein der Musikschule eine großzügige Spende übergeben worden.
Gibt es nicht irgendwelche Möglichkeiten, dass evtl. der Rat sich für solche Spenden bedankt? Gibt es vergleichbares in anderen Städten?

Herr Schütz:

Es war in der Presse zu lesen, dass das Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium für die Durchführung der Abiturfeier 2005 finanzielle Unterstützung durch die Stadt erhalten hat. Dies sind 300 € aus dem Schuletat und 300 € vom Bürgerhaus Bergischer Löwe. Nach welchen Richtlinien ist dies geschehen oder auf Grund welcher Ermächtigungen kann die Verwaltung diese Gelder auszahlen? Hier geht es um die Gleichbehandlung mit anderen Schulen. Können andere Schulen dies auch in Anspruch nehmen?

Auf eine Frage von Herrn Schütz erläutert Herr Kotulla sein abweichendes Konzept zur Villa Zanders. Eine gegenüber dem Bürgermeister abweichende Meinung steht ihm als Beigeordneter durchaus zu.

Herr Hagen:

Seit Monaten werden keine Altenehrungen mehr durchgeführt mit der Begründung, dies seien freiwillige Leistungen, die eingestellt worden seien.

Hierzu die Fragen:

1. Sind alle freiwilligen Leistungen eingestellt worden, die die Stadt gezahlt hat (z. B. Zuschüsse zu den Theaterkarten, Schwimmkarten, Museumskarten)?
2. Hat die Verwaltung den Rat bzw. die Ratsmitglieder hierüber unterrichtet? Denn diese führen die Ehrungen durch.

Hierzu bemerkt Herr Kleine, dass es den Geehrten in erster Linie nicht um den Geldbetrag geht, sondern um die Aufmerksamkeit eines Repräsentanten der Stadt. Dies wird in den Heimen bzw. Familien immer sehr hoch angerechnet.

Herr Freese verweist auf die Richtlinien für Altenehrungen und Ehejubiläen, in der genau geregelt ist, wie welche Ehrungen durchzuführen sind. Seiner Meinung nach ist die Geldzuwendung entfallen. Ein Glückwunschs Schreiben ist aber noch vorgesehen.

Frau Bendig bemängelt in diesem Zusammenhang, dass dieses Glückwunschs Schreiben nicht mehr vom Bürgermeister persönlich, sondern von einer Mitarbeiterin bzw. einem Mitarbeiter des Bürgermeisterbüros unterschrieben wird.

<-@